



Mitmachstadt Herten – Erste Erfahrungen mit institutionalisierter Bürgerbeteiligung

Paula Wiesemann

Nach dem Rücktritt des ehemaligen Bürgermeisters im Januar 2016 standen den Hertenerinnen und Hertenern bei der Bürgermeisterwahl sage und schreibe neun Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, darunter auch Parteilose und Menschen, die bislang politisch noch nicht in Erscheinung getreten sind.

Da Herten schon seit langem versucht, die Einwohnerinnen und Einwohner verstärkt einzubinden, stellt sich die Frage, ob dies ein Indikator dafür sein, dass das Thema »Mitmachen« tatsächlich angekommen ist. Haben die Hertner/innen verstärkt den Wunsch, sich aktiv in die Belange der Stadt einzumischen? Darf dies als Zeichen dafür gewertet werden, dass nicht nur die eingesessenen Parteien und Wählergruppen den Eindruck hatten, tatsächlich etwas bewirken und auch als öffentlich noch unbekannte Personen etwas erreichen zu können?

Tatsächlich wurde in der Stichwahl am 5. Juni einer der bis zum Wahlkampf noch unbekanntesten, parteilosen »Polit-Neulinge« mit einem Ergebnis von rund 66 Prozent der gültigen Stimmen zum neuen Bürgermeister gewählt. In seiner Antrittsrede bedankte er sich vor allem bei den Jugendlichen, die sich in den Wahlkampf eingemischt hatten: »Dieses bewahrt euch bitte, und bringt euch weiter ein! Ihr seid meine, ihr seid unsere Zukunft.«

Mitmachstadt Herten

In den letzten zwei Jahren hat die Stadt Herten ein Konzept entwickelt, um Bürgerbeteiligungen im Rahmen einer »Mitmachstadt« zu ermöglichen. Die Entwicklung des Projekts und erste Erfahrungen werden im Folgenden vorgestellt.

Herten zählt mit rund 62 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zu den mittelgroßen Städten. Sie unterliegt – wie die meisten Ruhrgebietsstädte – in starkem Maße den Herausforderungen des mit dem Rückgang des Bergbaus verbundenen Strukturwandels. Insbesondere der Wegfall von Arbeitsplätzen fordert von Stadt, Politik und Bürgerschaft neue und kreative Lösungsansätze. Mit dem Stadtentwicklungsprogramm »Herten 2020« definierten Bürgerschaft, Rat und Verwaltung einen gemeinsamen und beteiligungsorientiert angelegten Prozess zur Gestaltung der Zukunft der Stadt. Es enthält die drei Schwerpunkte Arbeit, Bildung und Mitmachen (vgl. Stadt Herten 2012). Eines dieser drei Elemente, die »Mitmachstadt Herten« hat zum Ziel, die lokale Demokratie nachhaltig zu fördern. Sie soll die politische Meinungs- und Willensbildung der Bürgerschaft durch ihre aktive Beteiligung fördern und ein Bewusstsein für die Verantwortung der Menschen schaffen: Jeder Mensch ist eigen- und mitverantwortlich, sich für sein Umfeld einzusetzen. Darüber hinaus soll das Prinzip der Mitmachstadt die Identifikation mit der Stadt stärken. Denn – so die Annahme – wer sich aktiv einbringt, identifi-



ziert sich stärker mit seinem Lebensumfeld. Schließlich sollen Synergien geschaffen und neue Potenziale entdeckt werden (vgl. Stadt Herten 2015).

Angesiedelt ist das Projekt beim Bürgermeister beziehungsweise seinem Büro; von hier aus wird die Arbeit im Rahmen der Mitmachstadt koordiniert und vorangetrieben. Die Idee des »Mitmachens« hat in Herten eine langjährige Tradition: von Bürgerinitiativen in den 1970er und 1980er Jahren über die Beteiligung von Jugendlichen an der Planung von Jugendzentren bis hin zu Stadtteilkonferenzen und die Beteiligung an kulturellen Angeboten, wie den »Seniorenaktivtagen« oder »Frauenkulturtagen«. Aktuelle Beispiele sind die Bürgerbeteiligungen in Bebauungsplan-Verfahren, etwa beim Neubau eines Zentralen Omnibusbahnhofs und der Umgestaltung der Innenstadt. In einer persönlichen Bürgersprechstunde des Bürgermeisters können die Bürgerinnen und Bürgern ihre persönlichen Fragen, Anregungen und Beschwerden in direktem Austausch mit dem Bürgermeister vorbringen. Diese wurde in der Vergangenheit intensiv genutzt und wirkt als niedrigschwelliger, direkter »Draht« zum Bürgermeister.

Im Verwaltungsvorstand zeigt sich ebenfalls eine partizipatorische Besonderheit: Während laut nordrhein-westfälischer Gemeindeordnung (§ 70 GO) nur der Bürgermeister und die Beigeordneten den Verwaltungsvorstand bilden, gehören ihm hier auch die Leiterinnen und Leiter der Fachbereiche an.

Anerkennungskultur

Das Konzept der Mitmachstadt basiert auf der Idee der von Axel Honneth beschriebenen »Anerkennungskultur«, wonach sich Anerkennung auf drei Ebenen abspielt: Erstens im Bereich der Anerkennung des Individuums als Gleiches (normative Grundlage der Demokratie und des untereinander gewährten Respekts), zweitens der Anerkennung in der Familie (Liebe, Geborgenheit) und drittens der Anerkennung im und durch das Arbeitsleben (Anerkennung der individuellen Leistung) (vgl. Honneth 2010). Während die familiäre und berufliche Anerkennung der Menschen durch eine Stadtverwaltung wenig zu beeinflussen sind, kann diese jedoch versuchen, bestmögliche Rahmenbedingungen für die Ebene der Anerkennung des Individuums »als Gleiches« zu schaffen. Beispielhaft ist hier die Anerkennung von bürgerschaftlichem oder ehrenamtlichem Engagement zu nennen. Hierfür werden in Herten regelmäßig Preise an aktive Bürgerinnen und Bürger verliehen, etwa der Bürgerpreis für ehrenamtliches Engagement in den Bereichen Kultur, Soziales, Sport, Umwelt und Zivilcourage sowie der Kinder- und Jugendkulturpreis.

Leitbildprozess

Ein Ursprungsgedanke des Projekts »Mitmachstadt« ist die Erkenntnis, dass es in Herten bereits zahlreiche und vielfältige Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung gibt. Es musste daher nicht zwangsläufig eine neue Form oder ein neues Angebot erfunden werden. Vielmehr ging es darum, bestehende Angebote zu bündeln, von einer zentralen Stelle aus zu koordinieren und schließlich auch verbindliche Standards zu entwickeln, die für alle Beteiligten gleichermaßen gelten.



So bedarf es, damit eine Beteiligung dauerhaft gelingt, einer klaren Rollendefinition sowie eines gemeinsamen Verständnisses aller Akteurinnen und Akteure bezüglich des »Mitmachens«. Dazu wurde ein »Leitbildprozess« angestoßen, in dem Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ein gemeinsames Leitbild entwickelten. Teil des Prozesses war die Vereinbarung von Spielregeln für die Durchführung von Bürgerbeteiligungen mit Interessierten aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Die Bürgerschaft hat in dieser Definition die Rolle des Ideengebers, sie weist auf brennende Themen hin und trägt Verantwortung in Beteiligungsprozessen. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in der Umsetzung und begegnen einander auf Augenhöhe.

Die Politik ist beauftragt, den Wählerwillen umzusetzen; sie aktiviert das Bürgerengagement und setzt Themen und bewertet die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen. Die Entscheidungshoheit liegt beim Rat.

Die Verwaltung, und damit auch die Koordinationsstelle für die Mitmachstadt, fungiert als Schnittstelle zwischen Politik und Bürgerschaft. Sie ist für die lebendige Stadtentwicklung im Sinne des Stadtentwicklungskonzepts zuständig und setzt die gemeinschaftliche Planung und Organisation von Beteiligungsverfahren um.

Als Grundsätze der Mitmachstadt wurden folgende Regeln definiert:

- Es gibt klare Rahmenbedingungen (Spielregeln),
- Informationen werden in einfacher Sprache und breit kommuniziert,
- die Arbeit orientiert sich an den Zielgruppen,
- Beteiligungen erfolgen ergebnisoffen und frühzeitig,
- die Beteiligten sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren,
- Vernetzung und aufsuchende Arbeit sind wichtige Faktoren,
- die Anerkennungskultur vor Ort wird weiterentwickelt und die Beteiligungsverfahren werden nachhaltig geplant.

Neben den Beteiligungsgrundsätzen wurden auch Ebenen der Beteiligung definiert, die unterschieden werden müssen. Diese sind

- Information, z.B. Informationsveranstaltungen, Wurfsendungen, öffentliche Einsichtnahme,
- Einflussnahme, z.B. bei Bauprojekten, Diskussionsveranstaltungen, Stellungnahmen,
- (Mit-)Entscheidung, z.B. Runder Tisch, Lenkungsgruppe, Beirat, Bürgerentscheid (vgl. Stadt Herten 2015).

Welche der drei Ebenen mit der Beteiligungsform bedient werden soll, sollte unbedingt zu Beginn der Beteiligung deutlich kommuniziert werden, um Enttäuschungen und Frust auf beiden Seiten zu vermeiden.



Spannungsfelder und Kritik

Bereits während der Erarbeitung des Leitbildes wurden Spannungsfelder deutlich, die von den Beteiligten diskutiert und im Rahmen einer Beschlussvorlage dem Stadtrat vorgestellt wurden. Dabei zeigte sich, dass einige der kontroversen Punkte nicht zu lösen sind, sondern als Charakteristikum jeder Bürgerbeteiligung dauerhaft vorhanden sein werden. So soll das Angebot des »Mitmachens« einerseits für alle Interessierten offen sein. Andererseits müssen Themen repräsentativ gewählt werden und die Legitimation der Beteiligten muss gesichert sein. So wurde beispielsweise davor gewarnt, dass Bürgerbeteiligungsformen auch dazu genutzt – das hieße hier: missbraucht – werden könnten, um Entscheidungen der Verwaltungen im Nachhinein legitimieren zu lassen. Diesen Vorwurf hören Stadtverwaltungen häufiger. Umso wichtiger ist es, deutlich zu machen, um welche Beteiligungsebenen es sich jeweils handelt und welches konkrete Ziel mit der Beteiligung verfolgt wird. Schließlich sollte gut überlegt werden, welche Handelnden vonseiten der Verwaltung den Beteiligungsprozess leiten und begleiten sollen. Oftmals empfiehlt sich eine externe Moderation, auch um dem Vorwurf der Parteilichkeit von städtischen Beschäftigten zu begegnen.

Auch stellt sich die Frage, inwiefern Bürgerbeteiligungen formalen Regeln, etwa einer Satzung, folgen sollen oder ob eine – wie auch immer geartete – Formalisierung eine unnötige Hürde darstellen würde, die interessierte Bürgerinnen und Bürger abschreckt. Das Gegenteil eines formalisierten Beteiligungsprozesses findet sich beispielsweise bei so genannten »BarCamps« (auch »Un-Konferenz«). Häufig angewendet wird die Methode des OpenSpace: in der Gestaltung und hinsichtlich der Inhalte sind die Veranstaltungen vollkommen offen und gänzlich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern überlassen. Inwiefern dieses Vorgehen auch für die Lösung ganz konkreter Problematiken in einer Stadt anwendbar ist, kann in Herten noch nicht beantwortet werden. Diskussionswürdig ist schließlich auch die Forderung, dass Bürgerbeteiligung unabhängig und neutral erfolgen solle. Neutralität in dem Sinne kann insbesondere von bürgerschaftlicher Seite kaum verlangt werden, geht es ja hierbei gerade um die Vertretung und Durchsetzung *eigener* Interessen. Und diese sind qua definitionem nicht neutral.

In Herten wird deutlich, dass das Konzept des »Mitmachens« äußerst unterschiedlich aufgefasst wird. Während es von manchen Bürgerinnen und Bürgern als eine informelle Chance zur Einmischung und zum bürgerschaftlichen Engagement verstanden wird, fürchten andere eine Gefährdung der demokratischen Ordnung durch den informellen Charakter. Auch vonseiten der lokalen Politik wurde das Konzept der Mitmachstadt kritisiert und in der Folge nicht unterstützt, beispielsweise von der Ratsfraktion der LINKEN. Sie hatte den Einwand, der Begriff der »Mitmachstadt« erwecke den Eindruck, die Bürgerinnen und Bürger säßen gleichberechtigt mit der Verwaltung an einem Tisch und berieten über die besten Lösungsmöglichkeiten eines Problems. Dem stehe der Informationsvorsprung der Verwaltung entgegen. Zudem brächten sich insbesondere Angehörige der Mittelschicht in Bürgerbeteiligungsprozessen ein, sodass andere Gesellschaftsschichten in diesen Verfahren nicht angemessen vertreten seien. Schließlich würden die Bürgerbeteiligungsverfahren grundsätzlich durch die Verwaltung organisiert und durchgeführt. Dies führt zum Vorwurf, dass hiermit Probleme nicht grundsätzlich hinterfragt würden, sondern lediglich eine Akzeptanzbeschaffung zur Durchführung umstrittener Projekte im Sinne der



Verwaltung betrieben würde (vgl. DIE LINKE 2014). Dem ist aus Sicht der Stadt entgegen zu setzen, dass diese Form der Bürgerbeteiligung nicht als Mittel eingeführt wurde, um das repräsentative, demokratische System zu ersetzen. Vielmehr besteht sie neben der Partizipationsform der Wahlen und schafft dabei eine zusätzliche, häufigere und zudem themenbezogene Möglichkeit der politischen Partizipation vor Ort. Ziel der Bürgerbeteiligung ist es auch, die Arbeit des Rates zu unterstützen und Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren und zu motivieren, sich in die Belange ihrer Stadt einzumischen. Vor diesem Hintergrund ist die Bürgerbeteiligung gerade ein demokratisches Mittel, denn Ziel ist es auch verstärkt jene Menschen zu erreichen, deren Belange im Rahmen von Wahlen nicht ausreichend und vor allem nicht unmittelbar wahrnehmbar berücksichtigt werden. Die Annahme, dass nur Angehörige der Mittelschicht diese Möglichkeit der Beteiligung nutzten, darf zudem nicht gegen das Konzept der Mitmachstadt sprechen. Dieser Argumentation folgend müssten auch andere Formen der Beteiligung abgeschafft werden – zum Beispiel die Bundestagswahl. Denn auch hier fällt die Beteiligung desto geringer aus, je niedriger der Bildungsgrad und je prekärer die Lebensverhältnisse sind (vgl. Schäfer et al 2013).

Ein erstes Fazit

Vor diesem Hintergrund ist das Konzept der Mitmachstadt als ein zusätzliches Instrument der Einwohner/innen zur direkten »Einmischung« unbedingt zu begrüßen. Es kann – als freiwilliges Angebot und Möglichkeit verstanden – dazu beitragen, politisch Desinteressierte (wieder) zu aktivieren und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit »ihrer« Stadt zu stärken.

Literatur

DIE LINKE (2014). Die Tücken der »Mitmachstadt«. Online-Beitrag vom 07.10.2014. http://www.dielinke-herten.de/nc/fraktion/aktuelles/detailansicht_fraktion/zurueck/aktuelles-7/artikel/die-tuecken-der-mitmachstadt/, letzter Zugriff: 08.05.2015

Honneth, Axel (2010). Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie. Berlin: Suhrkamp Verlag

Kost, Andreas (2010). Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen; in: Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (2010): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 231-254

Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.) (2010). Kommunalpolitik in den deutschen

Ländern. Eine Einführung. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Stadt Herten (Hrsg.) (2012). Herten 2020. Stadtentwicklungskonzept.

Stadt Herten (2015). Mitmachstadt Herten. Homepage der Stadt Herten. <http://www.herten.de/rathaus-politik/buergerbeteiligung-mitmachstadt/mitmachstadt/index.html>. Letzter Zugriff: 08.05.2015



Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix (2013). Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.).

Autorin

Paula Wiesemann, M.A. Sozialwissenschaft, Referentin des Bürgermeisters der Stadt Herten; Arbeiten zu Partizipation, Bürgerschaftliches Engagement, Zivilgesellschaft sowie Gender- und Gleichstellungsthemen. Vorstandsmitglied des Berufsverbands Deutscher Soziologinnen und Soziologen e.V.; Mitherausgeberin des »Handbuchs Sozialwissenschaftliche Berufsfelder« (mit Katrin Späte und Wolfram Breger, Springer Verlag, 2016)

Kontakt

Stadt Herten, Bürgermeisterbüro
Kurt-Schumacher-Str. 2
45699 Herten
Tel.: 02366 303 383
E-Mail: p.wiesemann@herten.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de